

11. Januar 2021, Luzern

Die JSVP Kanton Luzern unterstützt das Referendum gegen das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)

Aufgrund der medialen Omnipräsenz des Coronavirus ging der Entscheid über das PMT und das entsprechende Referendum dagegen, nahezu geräuschlos an der Öffentlichkeit vorbei. So hat sich auch die JSVP Luzern erst kürzlich mit dem Thema befasst, worauf wir im Vorstand entschieden haben, dass wir das Referendum unterstützen. Wir freuen uns daher, dass heute bekanntgegeben wurde, dass die 50'000 Unterschriften beisammen sind.

Terrorbekämpfung ja - Aber nicht so

Wie der SVP, ist auch uns das Thema Schutz und Sicherheit ein wichtiges Anliegen. Dies beinhaltet für uns aber auch den Schutz vor staatlicher Gewalt. Und das ist mit dem PMT eben nicht der Fall. Im Gegenteil, die staatliche Verfügungsgewalt gegen missliebige Gruppierungen wird massiv ausgeweitet. Mit schwammigen Begriffen wie "Furcht und Schrecken" oder "Beeinflussung oder Veränderung der staatlichen Ordnung" kann jeder ins Visier der Behörden geraten. So haben wir uns gefragt, was denn alles als Furcht und Schrecken bezeichnet werden kann und kommen zum Schluss, dass darunter viele völlig legale Aktionen von politischen Gruppen verstanden werden können. So kann der Aufruf der Klimabewegung zu Zivilem Ungehorsam, die Androhung vieler Gewerbetreibenden sich nicht mehr an die Coronamassnahmen zu halten oder selbst Plakate der SVP und JSVP, als Verbreitung von "Furcht und Schrecken" verstanden werden. Das Fedpol erhielt mit dem PMT ohne Beiziehen der Gerichte die Möglichkeit die Köpfe hinter solchen Aktionen mundtot zu machen. Das ist einerseits aus demokratiepolitischer Sicht fragwürdig, andererseits aber auch rechtstaatlich bedenklich. In einem Rechtsstaat gehört es sich, dass Gerichte über Überwachungen, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und Hausarreste entscheiden. Mit dem PMT würde somit in unseren Augen die Gewalttrennung verletzt.


Natürlich kann man sagen, unsere Regierung würde diese Möglichkeiten nicht ausschöpfen. Auch wir glauben, dass aktuell nicht mit einem Missbrauch gerechnet werden müsste. Die Erfahrung zeigt aber, dass Gesetze länger Bestand haben als die Regierungen die sie einführen. Wir haben uns deshalb die schlimmste mögliche Regierung vorgestellt und uns gefragt, ob wir dieser ein solches PMT in die Hand geben würden. Und die Antwortet lautete klar Nein. Dass es möglich ist, dass plötzlich Leute, demokratisch legitimiert, an die Macht kommen, die solche Gesetze zu ihren Gunsten missbrauchen, haben die letzten vier Jahre in Amerika gezeigt.

Wir wünschen uns, dass das PMT so angepasst wird, dass einerseits die rechtstaatlichen Prinzipien gewahrt bleiben und dass klar definiert wird, dass sich die Anwendung dieses Gesetzes nur auf den Links- und Rechtsextremismus sowie den religiösen Terrorismus bezieht.

Die JSVP Kanton Luzern wird sich deshalb im Abstimmungskampf für ein Nein zum PMT einsetzen.

Bei Fragen steht Ihnen Patrick Zibung zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Patrick Zibung
Präsident JSVP Kanton Luzern
patrick.zibung@svplu.ch
076 586 80 82



Lucian Schneider
Vize-Präsident JSVP Kanton Luzern
lucian02@bluewin.ch
076 605 01 39